

GRUNDEINKOMMEN Eigeninitiative wird belohnt

Wie steht es um den Leistungswillen, wenn der Staat einen Sockelverdienst garantiert?

Thüringens CDU-Ministerpräsident und ein Grünen-Politiker präsentieren ein gemeinsames Konzept

von *DIETER ALTHAUS* und *WOLFGANG STRENGMANN-KUHN*

© Rheinischer Merkur Nr. 12, 19.03.2008

Der Text wurde der archezeit.de freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Seite 1 von 2

Fast alle Parteien diskutieren Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens beziehungsweise der negativen Einkommenssteuer, besonders intensiv in der CDU und bei Bündnis 90/Die Grünen. Die CDU beschäftigt sich mit einem ganz konkreten Grundeinkommenskonzept, dem "solidarischen Bürgergeld". Dafür wurde eigens auf Bundesebene eine Kommission eingesetzt. In vielen Vereinigungen der Union finden Informationsveranstaltungen zum solidarischen Bürgergeld statt. Bei Bündnis 90/Die Grünen wurden mehrere Modelle zum bedingungslosen Grundeinkommen entwickelt. Sie sollen, so wie das solidarische Bürgergeld, ein transparenteres, leistungsfähigeres und effektiveres Steuer- und Transfersystem schaffen, das Armut verhindert. Der Sachverständigenrat hat erst vor kurzem bestätigt, dass die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu einer "dramatischen Reduzierung der Armutsquote" führen würde.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens greift in beiden Parteien um sich und findet immer mehr Zuspruch. Sie wird als Chance gesehen, den Dschungel an Sozialleistungen zu vereinfachen. Man erhofft sich, dass die verdeckte und verschämte Armut effektiv eingedämmt wird. Den Konzepten beider Parteien ist gemeinsam, dass allen Bürgerinnen und Bürgern unbürokratisch und ohne Bedürftigkeitsprüfung ein existenzsichernder Grundbetrag zur Verfügung gestellt wird, die Transfers individualisiert werden, alle Bürgerinnen und Bürger krankenversichert sind und man nicht prüft, welche Form von Arbeit, ob Erwerbsarbeit, Familienarbeit oder ehrenamtliche Arbeit, geleistet wird.

Wir stehen hinter dieser Idee und werben in unseren Parteien für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir freuen uns über die wachsende Zustimmung, aber wir nehmen auch die Vorbehalte ernst. In beiden Parteien gibt es Befürchtungen, dass mit dem Grundeinkommen Geld mit der Gießkanne ausgeschüttet, dass die Faulenzermentalität gefördert und der Leistungsgedanke verletzt werde. Vordergründig mag diese Kritik plausibel erscheinen, da nach unseren Konzepten alle Bürger ein Grundeinkommen bekommen sollen, ohne dafür eine Leistung erbringen zu müssen. Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass der Leistungsgedanke eine deutlich stärkere Rolle spielt als heute und es mehr Anreize gibt - gerade wegen der Ausgestaltung des Grundeinkommens - beziehungsweise Bürgergeldkonzepts - einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

Im derzeitigen Transfersystem sind die Arbeitsanreize äußerst gering. Die Ausgestaltung zahlreicher sozialer, wie das Arbeitslosengeld II (ALG II), behindert den Wechsel in Erwerbsarbeit, da den Empfängern die Früchte ihrer Arbeit aberkannt werden. Wer ALG II bezieht und gleichzeitig eine Beschäftigung annimmt, die den Lebensunterhalt nicht deckt, bekommt bis zu 90 Prozent seines Verdienstes von der Arbeitsagentur abgenommen. Die Folge ist, dass diese Personen durch Erwerbsarbeit nicht belohnt werden: Sie bemühen sich, nachdem ihnen bis auf ein sogenanntes Schonvermögen alles angerechnet wurde, aus der Misere herauszukommen. Gehen sie einer Erwerbstätigkeit nach, dürfen sie aber kaum etwas von ihrem Einkommen behalten.

Dadurch wird die Eigeninitiative behindert statt gefördert. Wer sich anderweitig engagiert, zum Beispiel für die Familie, sich weiterbildet oder ehrenamtlich tätig ist, unterliegt sogar dem Risiko, dass die Hartz-IV-Leistungen gestrichen werden, weil er dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht.

Ist dieses Problem im heutigen System lösbar? Ist es möglich, die Arbeitsanreize zum Beispiel beim ALG II zu verbessern oder gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit stärker zu berücksichtigen? Wir sind der Meinung, dass der Sozialstaat alter Prägung an seine Grenzen stößt. Man kann natürlich dafür sorgen, dass die Menschen, wenn sie Transfers erhalten und ein zusätzliches Einkommen erwirtschaften, einen größeren Teil des zusätzlich Einkommens behalten dürfen. Dies ändert jedoch nichts an dem grundsätzlichen Problem, dass viele Erwerbseinkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung nicht mehr existenzsichernd sind und gerade Geringqualifizierte in Deutschland überdurchschnittliche Probleme haben, eine Beschäftigung zu finden.

Ohne Frage muss deutlich mehr in Bildung und Weiterbildung investiert werden. Aber damit allein lässt sich dieses Problem lösen. Viele Menschen in unteren Einkommensbereichen werden es auch in Zukunft kaum schaffen, ohne Transferbezug ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften. Sie haben nach unserer Meinung aber ein Recht darauf, sich einbringen zu können, eine Beschäftigung zu bekommen und davon leben zu können.

Alle Geringverdiener, die kein ALG II beantragen, sind deutlich benach-

GRUNDEINKOMMEN

Eigeninitiative wird belohnt

**Wie steht es um den Leistungswillen, wenn der Staat einen Sockelverdienst garantiert?
Thüringens CDU-Ministerpräsident und ein Grünen-Politiker präsentieren ein gemeinsames Konzept**

von *DIETER ALTHAUS* und *WOLFGANG STRENGMANN-KUHN*

© Rheinischer Merkur Nr. 12, 19.03.2008

Der Text wurde der archezeit.de freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

Seite 2 von 2

teilt gegenüber denjenigen, die diesen bürokratischen durchlaufen. Millionen Menschen, die einen Anspruch auf ALG II hätten, beziehen aus Unkenntnis, aufgrund des Stigmas des Hartz-IV-Empfängers oder aus anderen Gründen keine Leistungen. Eine Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten allein bringt diesen Erwerbstätigen überhaupt nichts. Ihre Benachteiligung gegenüber jenen, die staatliche Transfers erhalten, würde sich vergrößern und die daraus resultierenden Ungerechtigkeiten sich weiter verschärfen.

Hinzu kommt, dass die Bundesagentur für Arbeit, die für die Administration des ALG II zuständig ist, schon heute aufgrund des hohen bürokratischen Aufwands Probleme hat, die Anträge fristgerecht und korrekt zu bearbeiten. All dies zeigt, dass Reformen innerhalb des bestehenden Grundsicherungssystems zwar theoretisch denkbar sind, diese aber in der Praxis kaum umsetzbar wären und zusätzliche Gerechtigkeitsprobleme nach sich zögen. Das Bürgergeld-System macht die meisten Steuerfreibeträge überflüssig und soziale Leistungen wie das ALG II, das Sozialgeld et cetera, die das Existenzminimum absichern sollen, werden zusammengefasst.

Zusätzliche Leistungen für besondere Lebenslagen oder eine Rente bleiben erhalten. Die Steuer- und Abgabenbelastung für untere und mittlere Einkommen liegt deutlich unter dem heutigen Stand. Schwarzarbeit wird unattraktiver. Leistung lohnt sich wieder, ohne dass die Menschen gegängelt oder unter Druck gesetzt werden. Dies sind nur einige, aber wichtige Gründe, die für die Einführung

eines bedingungslosen Grundeinkommens und eine Abkehr von dem System des ALG II sprechen. Sowohl bei der CDU als auch bei den Grünen wird im Zuge der Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen gefordert, das Steuer- und Sozialsystem stark zu vereinfachen und aufeinander abzustimmen.

Es kann nicht die Rede davon sein, dass sich hier "egalitäre Sozialpolitiker" bei den Grünen und der CDU durchsetzen, die jegliche Leistungsgedanken aus den Sozialtransfers heraushalten wollen. Im Gegenteil: Wir sind der Überzeugung, dass sich Leistung wieder lohnen und der Übergang vom Transfersystem in die Erwerbsarbeit durchlässiger gestaltet werden muss. Dabei setzen wir auf positive Anreize, ohne noch mehr Druck und bürokratische Gängelung einführen zu wollen.

Wir glauben, dass Deutschland den Mut braucht, visionäre Ideen wie das Grundeinkommen aufzugreifen. Zu Recht glauben die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr daran, dass das aktuelle Sozialversicherungssystem zukunftsfähig ist. Wenn von den politisch Verantwortlichen keine Antworten auf die Herausforderungen durch Globalisierung und demografischen Wandel gegeben werden, schwindet auch das Vertrauen in die Politik und letztlich in die Demokratie insgesamt. Politik braucht den Mut zu neuem Denken über alte Gräben hinweg. ■